

# Inhalt

Vorwort .....	9
1. Entwicklung und Bedeutung des Vergaberechts .....	10
2. Die Gesetzgebungsbefugnis des Landes Südtirol im Bereich des Vergaberechts .....	14
2.1. Das Autonomiestatut .....	14
2.1.1. Die Kompetenztatbestände .....	14
2.1.2. Die Schranken .....	16
2.2. Die Verfassungsreform 2001 .....	18
2.2.1. Allgemeine Darstellung: Kompetenzordnung und Schranken .....	18
2.2.2. Artikel 10 des Verfassungsgesetzes Nr. 3/2001 .....	21
2.2.3. Der Status quo im Vergaberecht aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes .....	23
2.3. Die neweste Entwicklung .....	31
2.3.1. Die Verfassungsreform Renzi-Boschi .....	31
2.3.2. Die neue Durchführungsbestimmung zur öffentlichen Auftragsvergabe .....	32
2.3.3. Das Ermächtigungsgesetz Nr. 11/2016 .....	32
2.3.4. Das Landesgesetz Nr. 16/2015 .....	33
2.4. Die Umsetzung von EU-Richtlinien in Italien .....	34
2.4.1. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Inkorporation des Unionsrechtes in die italienische Rechtsordnung .....	34
2.4.2. Die Umsetzung von EU-Richtlinien durch die Regionen .....	36
2.4.3. Die Umsetzung von EU-Richtlinien durch die Autonome Provinz Bozen .....	39
3. Das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) .....	43
4. Das EU-Recht .....	47
4.1. Das Primärrecht .....	47
4.1.1. Das Diskriminierungsverbot .....	47
4.1.2. Die Freiheit des Warenverkehrs .....	48
4.1.3. Freier Personen- und Dienstleistungsverkehr .....	50
4.2. Die EU-Vergaberichtlinien .....	52
4.3. Die Anwendung der Grundsätze des Primärrechtes bei Vergabeverfahren, die nicht oder nur teilweise von den EU-Vergaberichtlinien geregelt werden .....	55

4.4.	Der Einfluss des Unionsrechts auf das Südtiroler Vergaberecht .....	58
5.	Das staatliche Vergaberecht und die ANAC .....	60
6.	Welche Rechtsbestimmungen sind in der Praxis anzuwenden? .....	62
7.	Die Grundsätze des Vergabeverfahrens .....	64
7.1.	Allgemeines .....	64
7.2.	Der Grundsatz der Bindung der Verwaltung an das Gesetz (Legalitätsprinzip) .....	64
7.3.	Der Grundsatz der Unparteilichkeit der Verwaltung – die Pflicht zur Gleichbehandlung der Teilnehmer .....	65
7.4.	Der Grundsatz der Transparenz des Vergabeverfahrens .....	66
7.5.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	66
7.6.	Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung .....	67
8.	Wer muss öffentlich ausschreiben? .....	68
8.1.	Der funktionelle Auftraggeberbegriff .....	68
8.2.	Private Auftraggeber, die unter den Anwendungsbereich des Vergaberechtes fallen .....	70
8.3.	Einrichtungen des öffentlichen Rechtes .....	73
8.4.	In-House-Vergaben .....	76
8.4.1.	In-House-Vergaben, Ausgliederung und wirtschaftlich relevante öffentliche Dienstleistungen .....	76
8.4.2.	Die Formen der Ausgliederung des Landes und der Gemeinden .....	79
8.4.3.	Die Rechtsprechung des EuGH zu In-House-Vergaben .....	82
8.4.4.	Die lokalen öffentlichen Dienstleistungen .....	93
9.	Wer darf Aufträge öffentlich ausschreiben? Die Tendenz zur Zentralisierung der Beschaffung .....	97
9.1.	Zentrale Beschaffungsstellen .....	97
9.2.	Ausschreibefähige Vergabestellen .....	104
10.	Schwellenwerte und Losregelung .....	106
11.	Vergabeverfahren und Publizität .....	111
11.1.	Arten von Vergabeverfahren .....	111

11.2.	Bekanntmachungsvorschriften und Veröffentlichungsfristen .....	113
12.	Das Angebot .....	115
13.	Bietergemeinschaften .....	117
14.	Die Eignungsprüfung .....	119
14.1.	Befugnis und Zuverlässigkeit .....	119
14.2.	Die technische sowie wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit .....	120
14.3.	Wie wird die Eignung nachgewiesen? .....	121
14.4.	Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) .....	124
14.5.	Die Prüfungsreihenfolge .....	125
14.6.	Die Nachforderung von Eignungsnachweisen .....	126
14.7.	Eignungsleihe .....	127
14.8.	Die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Beitragszahlung .....	129
15.	Der Zuschlag .....	132
15.1.	Die Zuschlagskriterien .....	132
15.2.	Vergabefremde Kriterien .....	135
15.2.1.	Begriffsbestimmung .....	135
15.2.2.	Behinderteneinstellung .....	137
15.2.3.	Beschäftigte mit Wohnsitz in der Region .....	139
15.2.4.	Ausbildung von Lehrlingen .....	140
15.2.5.	Grüne Vergabe .....	140
15.2.6.	Die Förderung von KMU .....	143
15.3.	Ungewöhnlich niedrige Angebote .....	144
16.	Die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen .....	150
17.	Aufträge im Sozialbereich .....	153
18.	Die Weitervergabe an Subunternehmer .....	159
18.1.	Zum rechtlichen Charakter des Subunternehmervertrages .....	159
18.2.	Die Einschränkungen bei der Weitervergabe .....	161

19.	Bemerkungen zum Rechtsschutz .....	164
19.1.	Das System des Rechtsschutzes im europäischen und staatlichen Recht .....	164
19.2.	Die Stillhaltefrist .....	167
19.3.	Faktische Einschränkungen des Rechtsschutzes .....	169
	Nachwort .....	171
	Abkürzungsverzeichnis .....	173
	Verwendete Literatur .....	174
20.	Dokumente .....	177
20.1.	LG Nr. 16 v. 17.12.2015 (Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe) .....	179
20.2.	Leitfaden für die Anwendung des Landesgesetzes vom 23.2.2016 .....	220
20.3.	Art. 6 LG Nr. 17 v 22.10.1993 (Verträge) .....	236
20.4.	Art. 23-bis LG Nr. 17 v. 22.10.1993 (Kontrollen zum Besitz der Voraussetzungen) .....	238
20.5.	LG Nr. 12 v. 16.11.2007 (Lokale öffentliche Dienstleistungen) .....	239
20.6.	Dekret des Präsidenten der Region Nr. 3/L v. 1.2.2005 (Genehmigung des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino-Südtirol) – Art. 67 bis 71 (Örtliche öffentliche Dienste) .....	244
20.7.	Art. 27 LG Nr. 15 v. 21.12.2011 (Errichtung der Agentur für die Verfahren und die Aufsicht im Bereich öffentliche Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge) .....	249
20.8.	BLR Nr. 570 v. 31.5.2016 (Kriterien für den automatischen Ausschluss ungewöhnlich niedriger Angebote bei Verfahren für die Vergabe von Architektur- und Ingenieurleistungen - Qualitätskriterien für die Beschäftigung von Lehrlingen bei der Vergabe von Aufträgen) .....	251
20.9.	Vademekum für Vergaben von Dienstleistungen und Lieferungen unter 40.000 € mit Checkliste .....	254
20.10.	Vademekum Zuschlags- und Bewertungskriterien .....	282
20.11.	Unterteilung in Lose – Informations-Leitfaden .....	285
20.12.	Rundschreiben der AOV Nr. 2/2016 v. 19.7.2016 .....	287
20.13.	Standardformular für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung .....	291
20.14.	Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut (noch nicht veröffentlicht) ...	304